

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1937

58 (10.3.1937)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegr. 1829 / Heimatblatt für die Stadt und den früheren Amtsbezirk Durlach

Pfinztäler Bote

für Grözingen, Berghausen, Söllingen, Wöschbach und Kleinsteinbach

Anzeigenberechnung: Die 6 gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig. Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für keine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 58

Mittwoch, den 10. März 1937

108. Jahrgang

Auf dem Marsch zur Frontarbeit

Schlussappell des Führernachwuchses auf Burg Vogelsang — Glänzende erzieherische Erfolge der Partei

M.B. Köln, 9. März. Nachdem am Montag mit einer Ansprache von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsleiter Alfred Rosenberg der Führernachwuchs der Partei noch einmal auf die nunmehr beginnende wichtige Frontarbeit hingewiesen worden war, fand am Dienstag auf dem Walburgshof in der Nähe der Ordensburg Vogelsang der Schlussappell in Anwesenheit von Dr. Ley statt.

Kurz nach 16 Uhr traf Dr. Ley, begleitet von sämtlichen Gauobmännern der DAF, auf dem weiten Feld ein, wo Burgkommandant Maderbach ihm die angetretenen Hundertschaften des Führernachwuchses meldete. Nach dem Abschreiten der Front zeigten die Hundertschaften in musterger Haltung einige Exerzierübungen, die ihnen ein uneingeschränktes Lob Dr. Leys eintrugen. Das eindrucksvolle Bild wurde durch einen Vorbemarsch vor dem Reichsorganisationsleiter abgerundet. Dieser Schlussappell stellte eindeutig unter Beweis, daß die 500 Führernachwuchsler, die nur ein Jahr geschult worden sind, trotzdem einen Typ darstellen, der seiner Aufgabe, der ewigen Behauptung der Ideen Adolf Hitlers, gewachsen ist. Hier wird ein erzieherischer Erfolg sichtbar, für den Dr. Ley in seiner Rede am Montag folgende Beispiele anführte: „Vor einigen Tagen habe ich auf der Burg mit einem Steinarbeiter gesprochen. Er ging während des Weltkrieges zur Schule und hat wegen des damaligen Lehrermangels nur eine mäßige Volksschulbildung genossen. Dieser Mann hat sich laut Bewertung seiner Erzieher und seines Burgkommandanten in einem Jahre in jeder Beziehung zu einem der Besten des Lehrganges entwickelt, ein Erfolg, auf den wir stolz sind.“ Ein zweites Beispiel führte Dr. Ley an: „Vor einem Jahre kam ein Führernachwuchsler, der Akademiker ist. Er war ein sehr schwer zu behandelnder Mensch, der seinen Vorgesetzten anfangs sehr viel Arbeit machte. Er hat seinen Dünkel abgelegt. Es ist uns gelungen, den Mann neu zu formen im Geiste der Kameradschaft und der Volksgemeinschaft, wie wir ihn brauchen. Diese beiden Beispiele, so betonte Dr. Ley in seiner Rede, zeigen mir, daß unsere Arbeit richtig, daß sie erfolgreich gewesen ist.“ — Nach einem begeistert aufgenommenen Siegheiß auf den Führer marschierten die Führernachwuchsler nach Burg Vogelsang zurück. Dr. Ley begab sich dann nach Wiesgen bei Schleiden, wo er zusammen mit den Gauobmännern der DAF die Exerzierhalle der Ordensburg Vogelsang und die neue Großgarage besichtigte. Die seit drei Tagen auf der Ordensburg weilenden Gauobmänner der DAF beendeten ihre Arbeitstagung mit einem Kameradschaftsabend, an dem auch Dr. Ley längere Zeit teilnahm.

Es konnte beobachtet werden, daß die Bolschewisten Kriegsmaterial aus Madrid herauschaffen und fast alle Ortschaften nordöstlich der Hauptstadt räumen. Die bolschewistischen Sender berichten wenig über die gegenwärtigen militärischen Operationen, jedoch ist dem Inhalt und der Tonart der Sendungen zu entnehmen, daß die nicht geheim zu haltenden Erfolge der Nationalen im gegnerischen Lager große Niedergeschlagenheit hervorrufen. Der Vorsitzende des bolschewistischen Madrider „Verteidigungsausschusses“ gab am Dienstagmittag vor Pressevertretern zu, daß die nationale Offensive mit großer Heftigkeit weiter andauere.

Linien vor, die angeht die Festigkeit des Angriffes nicht standhielten. Die Bolschewisten räumten ihre Stellungen und mußten den gut geführten nationalen Truppen Gelände von mehreren Kilometern Tiefe überlassen, besonders in Richtung auf Cifuentes nördlich von Sacedon an der Landstraße Madrid-Cuenca, der letzten Landstraßenverbindung der Hauptstadt mit den übrigen Provinzen.

Massensturm bolschewistischer Flüchtlinge

Frankreichs Befürchtungen

M.B. Paris, 10. März. Verschiedene Pariser Blätter beschäftigen sich mit den letzten Ereignissen in Spanien. Dabei werden immer häufiger Stimmen laut, die sich für eine Veränderung der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem nationalen Spanien einsetzen. So schreibt am Mittwoch der stellvertretende Vorsitzende des Heeresauschusses der Kammer, Beaugitte, im „Matin“, daß nach dem Fall von Madrid in absehbarer Zeit die Kämpfe in Spanien beendet sein werden. Frankreich müsse sich jetzt ernstlich mit den internationalen Folgen eines solchen Ereignisses beschäftigen. Schon jetzt müsse sich die französische Regierung schlüssig werden, welche Haltung sie einzunehmen gedente. Im Interesse der Pyrenäengrenze müsse sich die Regierung sofort mit Burgos in Verbindung setzen. Es sei zu erwarten, daß bei den Bolschewisten in Spanien bald eine Panik ausbrechen werde und diese dann versuchen würden, über die Grenze nach Frankreich zu entfliehen. Der französische Grenzschutz sei augenblicklich nicht stark genug, um einem solchen Ansturm zu widerstehen. So könnten die schlimmsten Zwischenfälle eintreten. Daher sei es Pflicht der Regierung in Paris, die französisch-spanische Grenze völlig abzuriegeln.

Die nationale Großoffensive schreitet fort. — Abtransport von Kriegsmaterial aus Madrid. Räumung zahlreicher Ortschaften

Salamanca, 10. März. (Vom Sonderberichterstatter des M.B.) Die am Montagmorgen begonnene Großoffensive der Nationalen im Frontabschnitt von Guadalajara dauerte am Dienstag unvermindert heftig an. In der Nacht zum Dienstag bombardierte eine größere Anzahl nationaler Flieger planmäßig und mit sichtbarem Erfolg die feindlichen Schützengraben und Feldbefestigungen. Nach dieser Vorbereitung kümte die Infanterie im Morgengrauen des Dienstag gegen die bolschewistischen

oder deren Eigentümer so verschuldet sind, daß sie sich nicht mehr auf ihrem Besitz halten können. Der Senator wies darauf hin, daß die Agrarreform im Jahre 1937 den deutschen Besitzstand ganz besonders stark geschmälert habe. In Polen und Pomerellen ständen nämlich auf der sogenannten Namensliste 61 deutsche Betriebe, von denen zusammen 21 315 Hektar zur Agrarreform bestimmt sind, und nur 19 polnische Betriebe mit einer zur Pargellierung bestimmten Gesamtfläche von 6906 Hektar. Senator Hasbach erklärte anhand dieser Ziffern, daß die Durchführung der Agrarreform in Polen und Pomerellen in diesem Jahre einen für die deutsche Minderheit besonders gefährlichen Charakter angenommen habe. Nach einem Hinweis auf die schwere Lage der rund 6000 deutschen Rentenfrierer nahm der deutsche Senator ferner gegen die im Senat vonseiten des Senators Siudowski gegen das Deutschtum in Polen gerichteten Verdächtigungen Stellung. Der polnische Senator — der bekanntlich vor dem deutschen Einfluß warnen zu müssen glaubte — möge nicht vergessen, so erklärte Senator Hasbach, daß in Polen und Pomerellen durch die verschiedensten gesetzlichen Maßnahmen wie Annulation, Liquidation, freiwillige und unfreiwillige Verkäufe und die Agrarreform dem deutschen Besitzstand rund 600 000 Hektar verloren gegangen seien.

Verlorenes deutsches Land in Polen

M.B. Warschau, 9. März. Die beiden deutschen Senatoren Hasbach und Wiesner, die als einzige Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen im polnischen Parlament sich und Stimme haben, wiesen in der Senatsitzung am Dienstag auf die schweren Wunden hin, die die polnische Agrarreform im Laufe der letzten elf Jahre dem Deutschtum in Polen geschlagen hat. Senator Wiesner machte darauf aufmerksam, daß der deutschen Volksgruppe eine große Anzahl von Berufs- und Erbschaftsmöglichkeiten verschlossen sei und daß für sie darum der Beruf des Bauern eine der wenigen beruflichen Möglichkeiten darstelle. Die in den letzten Jahren an der deutschen Volksgruppe vollzogene Enteignung ihres Grundbesitzes bedeute darum eine besonders schwere Schwächung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage. Seit dem Jahre 1926 seien 87 000 Hektar deutsches Besitzes durch die Agrarreform enteignet worden, ohne daß die deutschen Bauernjöhne bei der Verteilung des enteigneten Bodens berücksichtigt worden wären. Das Ausmaß des aus polnischer Hand enteigneten Bodens in Polen und Pomerellen sei im Vergleich dazu weit geringer, denn es betrage nur 39 000 Hektar.

Senator Hasbach unterstrich in seiner Rede die Auffassung, daß die Agrarreform in Polen notwendig sei, daß man aber in erster Linie Deuländerereien kultivieren, Staatsländerereien und solche Betriebe aufteilen solle, die schlecht bewirtschaftet würden,

Auffschlußreiche Enthüllungen eines polnischen Senators.

M.B. Warschau, 9. März. Einen interessanten und aufschlußreichen Beitrag zu der Frage des Einflusses des Weltjudentums auf den Verlauf und den Abschluß der sogenannten „Friedensverhandlungen“ in Versailles lieferte in der Sitzung des polnischen Senats am Montag der Senator Lechnicki. Unter Berufung auf die Erinnerungen des Polen Korwin-Milewski wies er darauf hin, daß bei dem damaligen Vertreter der polnischen Regierung, dem Grafen Orłowski, während der vorbereitenden Besprechungen zur „Friedenskonferenz“ der bekannte jüdische Börsenfürst Rothchild erschienen sei und davor gewarnt habe, „einen bestimmten im Ruße der Jüdengegnerschaft stehenden Vertreter Polens zur Friedenskonferenz zu entsenden“. Die Entsendung dieses Delegierten würde von der „jüdischen Nation“ als Beleidigung empfunden werden, was zu entsprechenden Folgen hinsichtlich der Behandlung der polnischen Fragen auf dem Kongreß führen würde. Israel würde in diesem Falle Polen den Weg zur Verwirklichung aller seiner Pläne verstellen (!)

Scharfe Angriffe des Präsidenten Roosevelt

gegen das Oberste Bundesgericht

M.B. Washington, 10. März. Präsident Roosevelt hielt am Dienstag abend eine 40 Minuten dauernde Rundfunkrede, in der er sich in scharfen Worten gegen das Oberste Bundesgericht in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung wandte und nachdrücklich verlangte, daß sein bekanntes Reformgesetz noch in dieser Kongreßtagung angenommen werde. Der Präsident führte in seiner Rede aus, die Verfassung sei lediglich zu dem Zweck beschaffen worden, um die ursprünglich selbständigen 13 Kolonien unter einer starken Zentralregierung zusammenzufassen und dadurch erst in die Lage zu versetzen, sich als Gesamtstaat zu behaupten. In dem von der Verfassung eingesetzten „Dreigespann“, Executive, Legislative und Bundesgericht, zögen jetzt die ersten beiden an einem Strang, nicht aber das Gericht. Vielmehr gebürde sich das Oberste Bundesgericht entgegen dem Sinn der Verfassung als oberste gesetzgebende Gewalt und wolle dem Lande vorschreiben, welche Politik es verfolgen müsse. Einige der in der Minderheit befindlichen Mitglieder des Ober-

sten Bundesgerichtes hätten offen zugegeben, daß das Gericht der Verfassung eine Zwangsjacke anlege und sie nach seinen eigenen volkswirtschaftlichen Ansichten auslege. Das Gericht habe, so unterstrich Roosevelt, unter der Verfassung, nicht über der Verfassung zu stehen, und er wolle nicht länger dulden, daß dringende nationale Probleme ungelöst blieben, weil der gerichtliche Teil der Regierung an „Arterienverkalkung“ leide. Das Gericht benehme sich so unabhängig, daß es weder das Mandat des Volkes, noch die allgemein anerkannten Tatsachen berücksichtige. Er wolle neue Richter ernennen, die als Richter amtieren, nicht aber als Gesetzgeber. Die Methode der Verfassungsänderung dauere Jahre und sei selbst dann nicht der Annahme sicher, da 13 der 48 Staaten und nur 5 v. H. der Gesamtbevölkerung jede Aenderung sabotieren könnten. Das amerikanische Volk lasse sich aber nicht lange zum Narren halten, und Amerikas Regierung müsse wieder in das richtige Gleichgewicht zurückgebracht werden.

Weltjudentum und Versailler Vertrag

Auffschlußreiche Enthüllungen eines polnischen Senators.

M.B. Warschau, 9. März. Einen interessanten und aufschlußreichen Beitrag zu der Frage des Einflusses des Weltjudentums auf den Verlauf und den Abschluß der sogenannten „Friedensverhandlungen“ in Versailles lieferte in der Sitzung des polnischen Senats am Montag der Senator Lechnicki. Unter Berufung auf die Erinnerungen des Polen Korwin-Milewski wies er darauf hin, daß bei dem damaligen Vertreter der polnischen Regierung, dem Grafen Orłowski, während der vorbereitenden Besprechungen zur „Friedenskonferenz“ der bekannte jüdische Börsenfürst Rothchild erschienen sei und davor gewarnt habe, „einen bestimmten im Ruße der Jüdengegnerschaft stehenden Vertreter Polens zur Friedenskonferenz zu entsenden“. Die Entsendung dieses Delegierten würde von der „jüdischen Nation“ als Beleidigung empfunden werden, was zu entsprechenden Folgen hinsichtlich der Behandlung der polnischen Fragen auf dem Kongreß führen würde. Israel würde in diesem Falle Polen den Weg zur Verwirklichung aller seiner Pläne verstellen (!)

